STAATSBÜRGERSCHAFT

Wer ist Deutschland?

Sprachkurs und Wissenstests: Die Einbürgerung von Ausländern soll neu geregelt werden, die Zeit naiver Multikulti-Hoffnungen geht zu Ende. Noch sind die Politiker uneins, wie viel Anpassung man verlangen kann, wie deutsch einer sein sollte, der Deutscher werden will.

Wer ist ein großer Deutscher, den jeder kennen muss? Goethe, Schiller und Kant, keine Diskussion. Auch Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler, gehört zweifellos dazu, ebenso sicherlich Willy Brandt, der 1972 den Friedensnobelpreis bekam. Aber wie sieht es mit Otto Hahn aus, Wilhelm Röntgen oder Robert Koch? Muss man wissen, was sie entdeckt haben, womit sie berühmt wurden?

Und was sagt das Wissen oder Unwissen über das Verhältnis zu Deutschland?

Seit einer Woche gibt es eine neue Antwort auf die Frage, was Deutschland ausmacht, vorgelegt vom hessischen Innenminister Volker Bouffier. Am vergangenen Dienstag hat der Christdemokrat einen Katalog mit 100 Fragen vorgestellt, die künftig all jene beantworten sollen, die Deutsche werden wollen. Dass es der Mediziner Koch war, der die Erreger von Cholera und Tuberkulose entdeckte, sollten die Antragsteller ebenso parat haben wie die Tatsache, dass dem Chemiker Hahn erstmals die Kernspaltung gelang oder dass Caspar David Friedrichs Bild von der Ostseeinsel Rügen die Kreidefelsen zeigt.

Der hessische Katalog ist der zweite Versuch in diesem Jahr, die Einbürgerung neu zu regeln, nach dem „Gesprächsleitfaden", den Baden-Württemberg vor zehn Wochen einführte und der dann als „Muslimtest" bekannt wurde. Und wieder ist die Aufregung groß.

Von Fremdenfeindlichkeit und politischer Stimmungsmache ist die Rede, von einem Generalverdacht gegen Ausländer. Eine neue Form der „Gesinnungsschnüffelei" sieht der Zentralrat der Muslime in Deutschland. „Ich habe den Eindruck, dass hier bewusst verhindert werden soll, dass Migranten eingebürgert werden", empört sich Hakki Keskin, der langjährige Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland. „Solche Fragebögen sind kleinkariert, peinlich und peinigend", findet auch der bei der SPD für Innenpolitik zuständige Bundestagsabgeordnete Dieter Wiefelspütz.

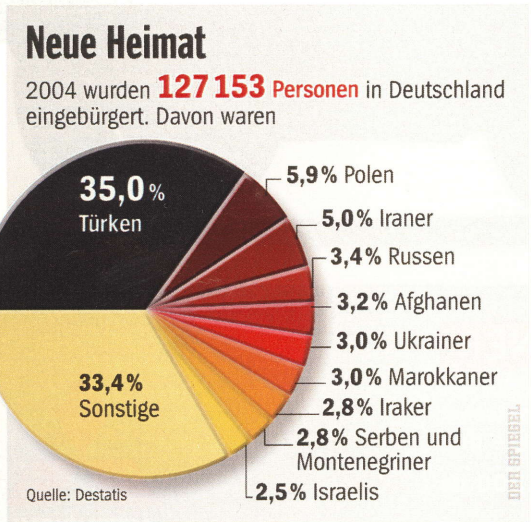
Nicht mal bei den eigenen Leuten gibt es für die Fragebögen, die unter den CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch und Günther Oettinger erarbeitet wurden, ungeteilte Zustimmung. Bayern hat jetzt angekündigt, ein eigenes Konzept für Einbürgerungstests entwickeln zu wollen. Nordrhein-Westfalens Regierungschef Jürgen Rüttgers will lieber die Sprachkenntnisse verbessern, statt Ausländer zu examinieren. Niedersachsen möchte nun einen zehnstündigen Staatsbürgerkurs verbindlich machen.

Dabei spielt es keine Rolle, dass Bouffiers Fragenkatalog nur als Hilfestellung für die Einbürgerungsbeamten gemeint ist, nicht als Test, der Punkt für Punkt abzuarbeiten ist. Und er wird in absehbarer Zeit auch nicht in Hessen zum Einsatz kommen. „Die Liste ist als Arbeitsgrundlage für eine bundeseinheitliche Regelung gedacht", erklärt ein Sprecher des Wiesbadener Innenministeriums, „wir sind für Verbesserungsvorschläge offen." Die Hessen verweisen darauf, dass im Einwanderungsland USA ein Test zur Landeskunde für Neubürger seit langem selbstverständlich ist.

Tatsächlich ist die Frage, was man von Leuten erwarten kann, die sich auf Dauer in Deutschland eingerichtet haben, nicht unerheblich für ein gedeihliches Zusammenleben. Kein anderes europäisches Land ist, zumindest statistisch gesehen, so weltoffen wie die Bundesrepublik, nur in der Schweiz, Luxemburg und in Liechtenstein leben im Vergleich zur heimischen Bevölkerung deutlich mehr Ausländer als hierzulande. Dort sind es zumeist Deutschsprachige.

6,7 Millionen Ausländer wohnen in Deutschland, 700 000 schon so lange, dass sie im Rentenalter sind. Über 400 000 Ausländer wollten in den letzten drei Jahren Deutsche werden. Doch bis heute sind sich die Bundesbürger nicht sicher, was sie von ihren ausländischen Mitbürgern verlangen dürfen. Sie tun sich schwer damit, Anforderungen zu formulieren oder auch nur Erwartungen zu äußern. Sie wollen sich nicht den Vorwurf einhandeln, intolerant zu sein.

Die Debatte um Fragebögen und Einbürgerungstests ist eine unbehagliche Debatte, sie führt mitten hinein in Versäum-



HARDY MÜLLER / WIRTSCHAFTSWOCHE (L.); DANIEL MAURER / AP (R.)

Ministerpräsidenten Koch, Oettinger, Muslimin (im Bundestag): *Was sagt Wissen oder*

THOMAS KÖHLER / PHOTOTHEK.NET

Unwissen über das Verhältnis zu Deutschland?

tes und Verdrängtes. Vordergründig geht es um den korrekten Umgang mit Einwanderern. Aber dahinter stehen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung: Wie anders darf einer sein, der auf Dauer hier leben will? Was heißt Integration?

Jahrelang taten die politisch Verantwortlichen so, als ob sich die Eingliederung von allein einstellen würde. Wer offenen Auges durch Berlin-Kreuzberg oder Duisburg-Marxloh ging, konnte schon immer erkennen, dass dies eine fromme Lebenslüge war. Nun sprechen selbst Grüne und linke Sozialdemokraten, die dem Traum von der friedlichen Multikulti-Gesellschaft anhingen, von Parallelgesellschaften.

Ganze Stadtviertel in Deutschland sind deutsch nur noch dem Namen nach. Diejenigen, die hier leben, erziehen ihre Kinder nach den Sitten der Heimat, gehen bei Landsleuten einkaufen, hören heimische Musik, sehen heimische Satellitenprogramme und regeln ihre Probleme vorzugsweise untereinander, wobei nicht selten die archaischen Normvorstellungen der Väter bestimmend sind und weniger die deutschen Gesetze.

Wie viel Anpassungsleistung muss die im Lande lebende Mehrheit also von der Minderheit verlangen? Und was ist eigentlich deutsch? Wenn die Deutschen es denn selber wüssten. Auch das zeigt ja der Streit über die Einbürgerung: So unsicher die Bundesbürger im Umgang mit den Fremden in ihrer Mitte sind, so unklar ist ihr Selbstbild.

60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, 15 Jahre nach der Wiedervereinigung, 5 Jahre nach der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, ein Jahr nach Inkrafttreten der neuen Zuwanderungsbestimmungen herrscht noch immer beträchtliche Konfusion, was die nationale Identität begründet.

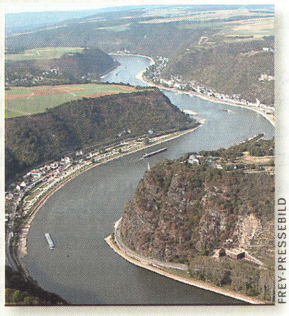
Die Bundesbürger sind selbstbewusster geworden, keine Frage, hier und da äußert sich wieder ein vorsichtiges Nationalgefühl. Nie war deutscher Pop erfolgreicher, nie haben sich deutsche Maler besser verkauft. Nie war der Jubel so ungebrochen schwarzrotgold, wenn deutsche Sportler, wie jetzt bei den Olympischen Winterspielen, Siege in Serie einfuhren.

Doch noch immer ist auch jene Haltung verbreitet, die ein Bekenntnis zu Deutschland peinlich findet oder geschichtsvergessen. Lange Zeit war die Frage tabu, was die Identität des Landes ausmache und worauf man sogar stolz sein könne. Oder sie war allenfalls ex negativo möglich: Deutsch hieß in der Regel das, was man nicht sein wollte, jedenfalls als aufgeklärter Weltbürger.

Rigorose Bürokraten, schlechtgelaunte Verkäufer oder engstirnige Ordnungshüter galten als typisch deutsch, das Wort Faschist war nie weit. Zum nationalen Inventar gehörten Ordnung, Gründlichkeit,

Flüsse und Autobauer

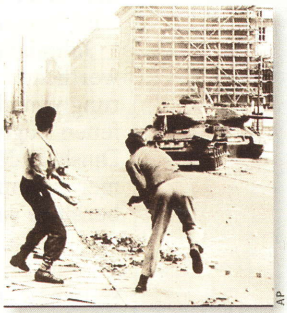
Beispielaufgaben aus dem hessischen „Wissens- und Wertetest" für Einbürgerungswillige



FREY-PRESSEBILD

Nennen Sie drei Flüsse, die durch Deutschland fließen!

mögliche Antworten:
Rhein (im Bild), Elbe, Donau u.a.



AP

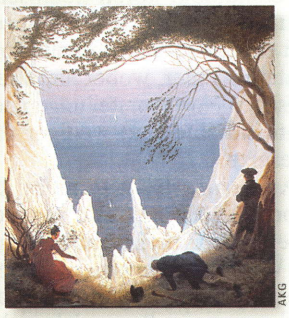
Welches Ereignis fand am 17. Juni 1953 statt?

Volksaufstand in der DDR

LE FIGARO/LAIF

In welcher Stadt hat das Europäische Parlament seinen Sitz?

Straßburg



AKG

Der deutsche Maler Caspar David Friedrich malte auf einem seiner bekanntesten Bilder eine Landschaft auf der Ostseeinsel Rügen. Welches Motiv zeigt dieses Bild?

Kreidefelsen

FERDI HARTUNG/SV-BILDERDIENST

In den deutschen Kinos startete 2004 der Film „Das Wunder von Bern". Auf welches sportliche Ereignis nimmt der Film Bezug?

Deutscher 3:2-Sieg im Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft gegen Ungarn 1954

ULLSTEIN-IMAGNO

Welche Personen gelten in Deutschland als Pioniere des Automobilbaus? Nennen Sie zwei Namen!

Gottlieb Daimler (im Bild links, Carl Benz, Rudolf Diesel, Nikolaus August Otto u.a.

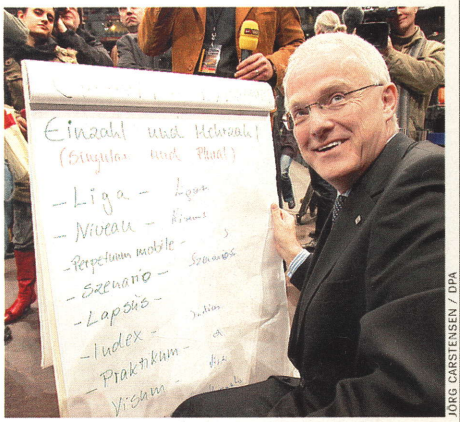
Termintreue, die sogenannten Sekundärtugenden, mit denen sich nach einem Wort von Oskar Lafontaine auch ein Konzentrationslager führen ließ.

Es gibt viele Antworten auf die Frage, was deutsch ist, phantasievolle und dämliche, peinliche und intelligente. Die schönen Landschaften, antworteten 80 Prozent der Deutschen, als sie bei einer Umfrage der Hanns-Seidel-Stiftung gefragt wurden, warum sie stolz auf ihr Land seien; 78 Prozent nannten Kunst und Kultur, 67 Prozent deutsche Tugenden, 59 Prozent zeigten sich besonders stolz auf den Sozialstaat.

Der Bundeskanzlerin fällt bei Deutschland ein, dass die Fenster so schön dicht schließen, wie sie vor einem Jahr in einem Interview bekannte.

Natürlich hat es auch etwas Komisch-Rührendes, dass sich das Land notorisch selbst befragt. „Es kennzeichnet die Deutschen, dass bei ihnen die Frage, ‚was ist deutsch?', niemals ausstirbt", bemerkte Friedrich Nietzsche in „Jenseits von Gut und Böse". Aber es ist womöglich eine notwendige, ja unvermeidliche Übung. Vielleicht kann überhaupt nur eine Nation, die sich sicher ist, was sie ausmacht, Zugereisten in ihrer Mitte vermitteln, woran sie sich orientieren sollen.

Erst allmählich rückt in den Blick, dass diese Orientierungslosigkeit beträchtliche Kosten nach sich zieht. Nun fällt auf, dass ein großer Teil der Zugewanderten nicht nur keinen blassen Schimmer hat, wer



JÖRG CARSTENSEN / DPA

NRW-Ministerpräsident Rüttgers
Lieber Sprachkenntnisse verbessern

Goethe und Beethoven waren, sondern auch schon aufgeschmissen ist, wenn es einen einfachen deutschen Brief zu schreiben gilt oder ein Bewerbungsgespräch ansteht. Plötzlich dringt ins Bewusstsein, dass diejenigen, die keinen Anschluss ans Erwerbsleben finden, in Zukunft ja nicht einfach verschwinden, sondern weiter hier leben werden, ohne Arbeit, aber mit Hilfe staatlicher Alimente.

Schon jetzt verlassen knapp 20 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer die Schule ohne einen Abschluss, über 40 Prozent schaffen nur einen Hauptschulabschluss. Fast 60 Prozent der ausländischen Kinder in Berlin müssen in Deutsch gefördert werden, 25 Prozent können nicht genug Deutsch, wenn sie eingeschult werden. Entsprechend hoch ist die Arbeitslosigkeit unter Ausländern; sie liegt inzwischen bei 25,9 Prozent, mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Weil die Deutschen bis heute nicht geklärt haben, ob sie die Ausländer, die zu ihnen kommen, als Fremde sehen oder als rundum willkommene Mitbürger, haben sie auch Schwierigkeiten zu sagen, wem sie die Staatsbürgerschaft zuerkennen und wem nicht. Ausgerechnet der Staat versagt es sich, zweifelsfrei zu bestimmen, wer gut dazupassen könnte.

Wer Deutscher werden will, muss laut Gesetz mehrere Voraussetzungen erfüllen: Er muss unter anderem mindestens acht Jahre in Deutschland rechtmäßig gelebt haben, er muss nachweisen können, dass er selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann, und er sollte ausreichend Deutsch können. Wer die Staatsbürgerschaft beantragt, muss sich außerdem zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes bekennen, so steht es im Staatsangehörigkeitsgesetz. Doch wie die geforderte „innere Hinwendung" zur Bundesrepublik festgestellt werden kann, steht dort nicht. Tatsächlich macht jedes Bundesland so ziemlich, was es will.

In vielen Ländern reichen eine Unbedenklichkeitserklärung des Verfassungsschutzes und die Versicherung des Antragstellers, dass er sich zum Grundgesetz bekenne. Die Sachsen wiederum verlangen bereits seit einigen Jahren Antworten auf Fragen zum Staatsaufbau; Bewerber müssen dort etwa sagen können, wie der Bundeskanzler gewählt wird oder ob das Land in Kantone oder Bundesländer unterteilt ist.

Über 127 000 Ausländer haben sich im Jahr 2004 einbürgern lassen, genau 1258 bei Petra Mikoleit, Abteilungsleiterin für Einbürgerungsangelegenheiten im Bezirksamt Berlin-Mitte, Raum 350, dritter Stock.

423 waren Türken, 81 Iraker, 79 Russen, 75 Libanesen und 60 Polen. Mikoleit hat sie zu Deutschen gemacht, nach genauer

THOMAS FREY / IMAGO

Einbürgerungszeremonie (in Koblenz): *Jedes Bundesland macht, was es will*

Einsicht der Dokumente und Prüfung der Fakten. Sie hat keine Fragen nach Deutschland gestellt, sie ist nicht persönlich geworden. Bei Mikoleit werden keine Tränen vergossen, es wird nicht mal angestoßen. Es gibt keinen Eid und keine Hymne.

Das Verfahren ist einfach und unbestechlich. Es gibt Vorgaben und Grenzwerte, dazu ein Erstberatungsgespräch und einen Deutschtest. Dann muss sie nur noch prüfen und stempeln. „Das kostet 255 Euro pro Erwachsenen", sagt sie, „und 51 Euro pro minderjähriges Kind."

Gratuliert sie den Neuen? „Ich gebe ihnen die Hand."

Mikoleit hat sich daran gewöhnt, dass sie nur abhakt, durchwinkt, stempelt. In Berlin gibt es keinen Fragebogen, hier muss man nur ein „Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung" unterschreiben, ein dreiseitiges Papier, in dem die wesentlichen Grundgesetzartikel referiert werden. Gelesen hat das gerade einmal die Hälfte, glaubt die Einbürgerungsbeamtin, Nachfragen kommen nur selten.

Manchmal zweifelt sie am System. Vor kurzem bekam sie einen Antrag von einer jungen muslimischen Frau auf den Tisch, formal alles in Ordnung. Es fehlten nur noch Mikoleits Unterschrift und Stempel, die Akten waren komplett.

Aber dann kam die Nachricht, die junge Frau habe einen Ehrenmord begehen wollen, gemeinsam mit ihrem Vater und einem Onkel, am Freund ihrer Schwester, weil der das Mädchen entjungfert hatte.

Es kommt jetzt alles auf das Strafmaß an. Wenn die Antragstellerin nicht mehr als sechs Monate auf Bewährung bekommt, dann muss Mikoleit nach Ablauf der Bewährungszeit der Einbürgerung voraussichtlich stattgeben, ob sie will oder nicht. Es würde sie schmerzen, aber sie hätte vom Gesetz her keine andere Wahl. Wenn die Strafe höher ausfällt, sagt sie, liege es in ihrem Ermessen, die Staatsbürgerschaft auszugeben oder zu verweigern. „Dann hat sie keine Chance bei mir."

Einige Richter haben in jüngerer Zeit darauf hingewiesen, dass es einen Unter-

Schluckt Ihre Heizung zu viel?

Moderne Erdgas-Brennwert-Technik
verbraucht bis zu 40 % weniger Energie
spart dauerhaft Heizkosten
wird vom Staat mit zinsverbilligten Krediten gefördert
arbeitet komfortabel auf Knopfdruck
lässt sich ideal mit einer Solarwärme-Anlage kombinieren, das spart Warmwasserkosten
schont Umwelt und Klima
benötigt weder Brennstofflager noch Ascheentsorgung

Gas geben. Geld sparen. Modernisieren. Jetzt!

Fordern Sie unsere aktuelle Info-Mappe mit Förderprogrammen und wertvollen Tipps an: www.moderne-heizung.de oder Tel. 0180 2-00 07 51
(6 Cent pro Gespräch)

erdgas

sanitär heizung klima

initiativkreis erdgas & umwelt

FRAZZA / PICTURE ALLIANCE / DPA

US-Einbürgerungsfeier*: *Ein Test zur Landeskunde ist selbstverständlich*

schied macht, ob der Staat eine Kfz-Zulassung erteilt oder eine Staatsbürgerschaft. Sie haben ausdrücklich gerügt, dass dieser Unterschied offenbar nicht mehr überall gesehen wird. Vor seiner mündlichen Urteilsbegründung im Jahr 2000 im Prozess gegen den islamischen Hassprediger Metin Kaplan kam der Vorsitzende Richter auf seine Verblüffung zu sprechen, dass viele Zeugen „mit einer kaum zu glaubenden Unverblümtheit oder besser Unverfrorenheit erklärten, dass für sie auch hier in Deutschland nicht die deutschen Gesetze, ja nicht einmal die deutsche Verfassung, sondern das islamische Recht, die Scharia, maßgeblich sei". Schon im Verfahren war aufgefallen, dass einige der Zeugen kaum Deutsch sprachen, was sie aber offenbar nicht daran gehindert hatte, die Staatsbürgerschaft zu bekommen.

Die Richter im sogenannten al-Tawhid-Prozess gegen vier muslimische Terroristen hoben im Oktober 2005 besonders hervor: „Der Senat hat geradezu ungläubig feststellen müssen, dass er vier Zeugen hat überführen können, unter falschem Namen die Einbürgerung in Deutschland erschlichen zu haben ... Es erscheint jedenfalls dringend geboten, die Maßstäbe und Kriterien und vor allem die Handhabung bei der Umsetzung des Ausländer- und Einbürgerungsrechts zu prüfen ... Schließlich soll der Vollständigkeit halber nicht unerwähnt bleiben, dass nahezu sämtliche eingebürgerten Zeugen nur mit Hilfe der Senatsdolmetscher vernommen werden konnten; nahezu keiner sprach ein für eine Zeugenaussage in seinem Einbürgerungsland Deutschland hinreichendes Deutsch."

ZDF

Lehrfilm zur Einbürgerung*
Westliche Lebenswirklichkeit

Es sind solche vernichtenden Urteile, die Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble nun dazu bringen, sich für überall verbindliche Regelungen einzusetzen. „Bei der Einbürgerung sind bundeseinheitliche Standards nötig", verlangt der Christdemokrat.

Wie genau die aussehen könnten, weiß er noch nicht genau, aber in jedem Fall will Schäuble von den in Deutschland lebenden Ausländern mehr Anpassungsbereitschaft fordern. Er will, dass sie schon „ein gutes Stück Integrationsarbeit geleistet" haben, bevor sie einen Einbürgerungsantrag stellen. Dazu gehört für ihn in jedem Fall, dass Ausländer ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen und westliche Werte und Normvorstellungen akzeptieren müssen.

Schäuble hat auch ein Vorbild vor Augen. Ihm gefällt, wie die Niederlande ihre Einbürgerungspraxis verändert haben. Das traditionell sehr liberale Land hat in den vergangenen Monaten, ausgelöst durch den Mord an dem holländischen Filmemacher Theo van Gogh im November 2004, klare Regeln und Tests entwickelt.

So hat Integrationsministerin Rita Verdonk durchgesetzt, dass Einwanderer nun vor ihrer Einreise in der niederländischen Botschaft ihres Heimatlandes ein ausführliches Examen ablegen, bei dem Sprach- und Landeskenntnisse geprüft werden. Interessenten können zudem einen Film bekommen, der sie schon einmal darauf vorbereitet, dass in den Niederlanden einiges anders ist: Der „Lehrfilm" zeigt verschiedene Szenen, darunter auch Männer beim Küssen, ausgelassene Rockkonzerte und eine Barbusige am Nordseestrand. Wer sich dauerhaft niederlassen will, muss Niederländer werden.

Die Idee, Ausländer beizeiten auf die Lebenswirklichkeit in westlichen Ländern vorzubereiten, findet auch in Deutschland Anhänger, jedenfalls in der Union. Wolfgang Bosbach, stellvertretender CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, setzt sich dafür ein, „Menschen bereits in ihrem Herkunftsland nicht nur mit Sprache, sondern auch mit der Geschichte, Kultur und Rechtsordnung vertraut zu machen". Schäuble ergänzt: „Wenn man das nicht will, sollte man nicht in das Land gehen." JAN FLEISCHHAUER, MARC HUJER

* Oben: US-Präsident George W. Bush bei der Vereidigung von 29 Neu-Amerikanern auf Ellis Island, New York, 2001; unten: Ausschnitt aus einem Video mit Szenen aus den Niederlanden.